

Islamistischer Terrorismus: Ein Maßnahmenpaket für Bayern

Beschluss der Fraktion vom 06.05.15

Inhaltsverzeichnis

A. Der GRÜNE Ansatz in der Terrorismusbekämpfung	1
B. GRÜNES Maßnahmenpaket gegen islamistischen Terrorismus	4
1. GRÜNE Strategien in der Sicherheits- und Rechtspolitik:	5
2. GRÜNE Strategien in der Präventions- und Deradikalisierungspolitik:	6
3. GRÜNE Strategien in der Bildungspolitik:	7
4. GRÜNE Strategien gegen Diskriminierung	8

A. Der GRÜNE Ansatz in der Terrorismusbekämpfung

Salafistische Netzwerke haben in Bayern und in Deutschland seit einigen Jahren erhöhten Zulauf. Von der breiten Öffentlichkeit wird das Thema allerdings erst seit dem Auftauchen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) wahrgenommen. Islamistische Terroristen propagieren und praktizieren terroristische Gewalt als das primäre Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Terroranschläge auf europäischem Boden verstärken die Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit: Die Anschläge von Brüssel, Paris oder Kopenhagen haben uns erschüttert, die Täter haben versucht mit den Angriffen, fundamentale Werte unserer freien Gesellschaft zu attackieren.

Salafismus und Terrorismus in Deutschland

Fast alle in Deutschland bisher identifizierten terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen standen mit salafistischen Strukturen in Kontakt. Hier ist zwischen dem politischen Salafismus und dem djihadistischen Salafismus zu unterscheiden. Letzterer ist der Auffassung seine Ziele mit Gewalt erreichen zu können. Verfassungsfeindliche Salafistinnen und Salafisten legitimieren ihre Terrorakte religiös, ob-

wohl es eine solche pauschale Legitimation im Islam nicht gibt. In Zusammenhang mit der Bedrohung durch terroristische Anschläge von Anhängern des IS oder anderer Terrororganisationen ist in Deutschland und Europa verstärkt die Bedrohung durch radikalisierte Personen zu beobachten, die zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen sind, dem hiesigen Wertesystem jedoch ablehnend gegenüber stehen und mit gewaltsamen Maßnahmen eine islamistische Gesellschaftsordnung errichten wollen. Diese Personen stammen dabei bei weitem nicht immer aus einer Familie mit Migrationshintergrund, es befinden sich viele Konvertiten unter diesen Fanatikern. Auch Frauen fühlen sich von dieser Ideologie angezogen und folgen Anwerbeversuchen, die sie ins syrisch-irakische Kampfgebiet bringen, um sich dort mit „Gotteskriegern“ zu verheiraten oder selbst zur Waffe zu greifen. Wir müssen uns die Frage stellen, weshalb Menschen die in unserer Gesellschaft sozialisiert worden sind, sich von dieser menschenverachtenden Ideologie angezogen fühlen.

Die Attraktivität des IS

Gerade der IS verfügt über eine hochprofessionelle Marketingstrategie. Über die sozialen Netzwerke und das Internet gelingt es ihm, auf Menschen aus der ganzen Welt eine hohe Anziehungskraft auszuüben. In Verbindung mit militärischen Erfolgen zieht er weltweit tausende freiwillige Kämpferinnen und Kämpfer an, etwa aus Deutschland, Belgien, Tunesien oder Saudi-Arabien. Nach Einschätzung der Staatsregierung sind allein aus Bayern über 50 Personen ins Kampfgebiet ausgereist, darunter auch Frauen. Die Dunkelziffer ist höher. Zurzeit geht der Verfassungsschutz von ca. 20 Rückkehrern aus den Kriegsgebieten aus. Diese Personen sind teilweise schwer traumatisiert und haben Erfahrungen im Umgang mit Waffen, sie genießen Anerkennung in der Szene und das macht sie zu wichtigen Akteuren bei der Anwerbung neuer Personen.

Wer Radikalisierung verhindert, verhindert Gewalt

Gewaltbereiter Islamismus lässt sich alleine mit repressiven Mitteln nicht bekämpfen. Radikalisierung ist ein Prozess, sie passiert nicht von heute auf morgen. Die Radikalisierung läuft in verschiedenen Stufen ab: Beginnend mit einer Präradikalisierung

durch Konflikte, die dann zur Identifizierung mit der jeweiligen Gruppe und den dortigen Themen führt. Das wiederum führt zur Indoktrinierung und anschließend zur Manifestation, bei der die Person auch andere davon überzeugen möchte, im schlimmsten Fall durch Gewalt.

Wir müssen uns damit beschäftigen, warum sich Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, zu der menschenverachtenden Ideologie des IS hingezogen fühlen - so sehr, dass sie sogar bereit sind, in den Krieg zu gehen und zu sterben. Auffallend ist, dass es sich bei diesen Personen oft um junge Menschen handelt. Ihre Biographien machen deutlich: Sie fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und finden im IS einen „Sinn“. Darauf müssen wir reagieren. Denn eins ist klar: Auf die Radikalisierung kann – bis es zu einer Handlung gegen das Gesetz kommt – sehr gut mit Prävention geantwortet werden, danach mit unseren Sicherheitsbehörden. Für uns GRÜNE ist klar: Präventionsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche, langfristige Aufgabe. Aber sie lohnt sich! Natürlich muss auch sichergestellt werden, dass radikalisierte Jugendliche keine Sicherheitsbedrohung für die Menschen darstellen, aber gleichzeitig ist es unsere Aufgabe die Jugendlichen selbst vor der Radikalisierung zu schützen.

Kein Generalverdacht gegenüber „dem Islam“

Als GRÜNE stellen wir uns klar gegen die Ideologie und die Gräueltaten des IS und aller anderen Terrororganisationen. Islamistische Terrororganisationen sind getragen von einem fanatischen Hass auf all jene Werte, die liberale und demokratische Gesellschaften auszeichnen. Sie sind Ausdruck einer Menschenverachtung, die in keiner Religion ihre Rechtfertigung finden kann. Gerade weil die Terroristen versuchen, den Islam als Begründung ihrer Taten zu missbrauchen, müssen wir umso unmissverständlicher klar machen, dass es zwischen der friedlichen Weltreligion des Islam und dem menschenverachtenden Terrorismus keine direkte kausale Verknüpfung gibt. Das haben über 120 muslimische Gelehrte Ende September 2014 in einer gemeinsamen Stellungnahme deutlich gemacht. Wer dies jedoch weiterhin suggeriert und Muslimas und Muslime unter Generalverdacht stellt, ist ein geistiger Brandstifter und gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Gleichzeitig nutzen Salafisten islamfeindliche Tendenzen, um ihre Anhänger zu radikalieren. Allen Versuchen, Hass zu

säen und die Bevölkerung zu spalten, treten wir entschieden entgegen. Nach den Anschlägen von Paris waren gemeinsamen Trauermärsche und Solidaritätskundgebungen von Muslimas und Muslimen, Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen und von vielen Menschen ohne religiöse oder konfessionelle Bindung eine beispielhafte Demonstration von demokratischer Geschlossenheit.

Bayerisches Defizit bei der Gleichstellung von Religionen

Gerade wegen ihrer klaren Haltung sind die muslimischen Verbände ein wichtiger Bündnispartner im Bereich von Jugendarbeit und Prävention. Die fehlende (öffentlich-rechtliche) Anerkennung und die damit verbundene Abhängigkeit von ehrenamtlicher Unterstützung erschwert jedoch eine hilfreiche Professionalisierung ihrer pädagogischen Angebote. Unser Ziel ist nicht zuletzt deshalb eine Stärkung des rechtlichen Status‘ der bayerischen Muslimverbände. Andere Bundesländer haben, beispielsweise durch Staatsverträge, gezeigt, wie diese Stärkung aussehen kann. Wir halten sie nicht nur für sinnvoll, sondern – angesichts der bayerischen Defizite bei der Gleichstellung der Religionen – für verfassungsmäßig geboten. Die meisten Opfer des islamistischen Terrorismus sind selbst Muslimas und Muslime. Wir GRÜNE setzen uns gegen eine Stigmatisierung ein und fordern, die muslimischen Gemeinschaften in ihrem Engagement gegen radikale Kräfte zu unterstützen.

B. GRÜNES Maßnahmenpaket gegen islamistischen Terrorismus

Das Grüne Maßnahmenpaket gegen islamistischen Terrorismus ist ein ganzheitliches. Die Basis gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Islamismus ist die Terrorismusprävention. Diese ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen von Zivilgesellschaft und Staat zur Demokratiebildung und zur Unterstützung der muslimischen Gemeinschaften im Umgang mit dem Salafismus. Auf diese Grundlage können dann die Maßnahmen in der Bildungs- Deradikalisierungs- und Präventionspolitik, sowie der Sicherheits- und Rechtspolitik aufbauen.

1. GRÜNE Strategien in der Sicherheits- und Rechtspolitik:

Die reale Gefahr islamistischer Anschläge nehmen wir ernst. Die Abwehr terroristischer Gefahren ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden – im Rahmen der bestehenden rechtsstaatlichen Grenzen. Aufgabe der Politik ist es, mit den Mitteln des Rechtsstaates für das größtmögliche Maß an Sicherheit zu sorgen, Grundrechte zu schützen und Bedrohungen effektiv abzuwehren, ohne dabei die Freiheit so weit einzuschränken, dass sie kaum noch erkennbar ist. Denn ja, eine freiheitliche Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die frei sind von Furcht vor Gewalt und Terrorismus, ebenso wie frei von Angst vor Überwachung durch den Staat. Der Radikalisierung von Menschen, die Bayern mit dem Ziel verlassen wollen sich dem Kampf des IS anzuschließen, können wir nicht durch die Androhung von Abschiebung begegnen, wie unter anderem von der CSU gefordert wird. Dem Problem mit konservativer "Law and Order"-Rhetorik zu begegnen, birgt in unseren Augen eine höhere Wahrscheinlichkeit der Radikalisierung. Niemand kann absolute Sicherheit gewährleisten – auch nicht auf Kosten oder unter Aufgabe der Freiheit. Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass der Pariser Anschlag trotz der in Frankreich seit 2006 praktizierten Vorratsdatenspeicherung nicht verhindert werden konnte.

Wir GRÜNE fordern für Bayern:

- Die **Gewährleistung intensiver Ausreisekontrollen**, um die Ausreise gewaltbereiter Islamisten zum Zweck der terroristischer Ausbildung oder Teilnahme an Kampfhandlungen im Ausland zu unterbinden.
- Eine **gut ausgestattete Polizei**, darunter verstehen wir, dass bei den Sicherheitsbehörden Islamexperten, IT-Spezialisten und Sachverständige im Bereich der Prävention eingestellt werden und die Polizei interkulturell geschult wird.
- Ein **Sicherheitskonzept**, das auf die zugespitzte Gefahrenlage reagiert und geeignete Maßnahmen im Bereich Personen und Objektschutz, insbesondere bei gefährdeten jüdischen und muslimischen Einrichtungen, trifft.
- Die konsequente Umsetzung der geltenden Gesetze durch beispielsweise die Verstärkung der **Fahndung und Observation** von Gefährdern.
- **Schulungs- und Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete** im Hinblick auf den Umgang mit muslimischen und im Hinblick auf den Umgang mit

arabisch sprechenden Inhaftierten auszubauen, um es dadurch den Bediensteten zu erleichtern, Radikalisierungen zu erkennen und Deradikalisierung zu unterstützen.

- Eine **verbesserte Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeibehörden** und die Optimierung der **Bund-Länder-Koordination** in Deutschland und Europa.

2. GRÜNE Strategien in der Präventions- und Deradikalisierungspolitik:

Die Staatsregierung hat es versäumt, sich mit den Ursachen der Radikalisierung auseinanderzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, um vor allem junge Menschen zu erreichen, die dabei sind sich zu radikalieren. Andere Bundesländer haben diese Notwendigkeit längst erkannt, so existiert z.B. in Nordrhein-Westfalen die Initiative „Wegweiser – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“. In Bayern gibt es kein Beratungs- und Betreuungsangebot für Betroffene und ihr soziales Umfeld.

Noch sind die Hintergründe der Radikalisierung in Deutschland kaum erforscht. Wir brauchen hier belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über die Motivationslagen, Radikalisierungsverläufe und –prozesse in salafistischen Netzwerken. Erste Erkenntnisse zeigen, dass die jungen Erwachsenen, die sich radikalieren, aus religionsfernen Milieus kommen und aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten. Die überwiegende Mehrheit der aus Deutschland ausreisenden Salafistinnen und Salafisten ist in Deutschland geboren und hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Das zeigt, dass der verfassungsfeindliche und gewaltbereite Salafismus kein „Terror-Import“ sondern ein hausgemachtes Radikalisierungsproblem ist.

Wir GRÜNE fordern für Bayern:

- **Forschungsförderung** für Projekte zum Themenbereich Islamismus und insbesondere auch zur Rolle von Frauen im gewaltbereiten Salafismus sowie zu den konkreten Bedingungen für Radikalisierung.
- Die Erarbeitung eines bayerischen **Präventions- und Deradikalisierungsprogramms** speziell für den Bereich des gewaltbereiten Is-

lamismus – gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

- Den **Aufbau von kommunalen Netzwerken** in denen Strategien und Methoden entwickelt werden, die zu den Jugendlichen und dem Milieu vor Ort passen.
- Die Entwicklung einer **passgenauen Strategie zur Deradikalisierung**, damit wir auf die Rückkehrer und Rückkehrerinnen vorbereitet sind.
- Die Errichtung einer **Beratungsstelle für Angehörige in Bayern** analog zu dem Beratungsnetzwerk Hayat auf Bundesebene.
- Den Ausbau von **zivilgesellschaftlichen Aussteigerinitiativen** und **Programmen zur Demokratieförderung**.

3. GRÜNE Strategien in der Bildungspolitik:

Als Demokratin oder Demokrat wird man nicht geboren. Uns geht es um eine „Demokratisierung der Schule“ – dazu gehört die umfassende politische Bildung der Schülerinnen und Schüler aller Schularten genauso wie die Einübung demokratischer Handlungsweisen. Die Bildungseinrichtungen müssen zu den zentralen Lern- und Erfahrungsorten der Demokratie werden. Bereits Kinder sollen in ihrem Alltag in einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen und als Erwachsene können sie diese Erfahrung dann in die Politik, in die Gesellschaft und in den Wirtschaftsalltag und das Arbeitsleben einbringen.

Wir GRÜNE fordern für Bayern:

- Den **Ausbau der Demokratieerziehung**, unsere Bildungsinstitutionen müssen die Heranwachsenden zur selbstständigen Teilhabe am öffentlichen Leben, an Politik, Gesellschaft und Kultur befähigen. Die dazu erforderlichen Einstellungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten werden nicht nur fachlich und fachübergreifend, sondern auch durch eine demokratische Schulentwicklung vermittelt.
- Die **Neuausrichtung der politischen Bildungsarbeit in Bayern**, hierzu müssen die beiden zuständigen Einrichtungen (Landeszentrale für politische Bildung und

Politische Akademie) zusammengelegt und zu einem starken, unabhängigen Zentrum demokratischer Bildungsarbeit ausgebaut werden.¹

- In Bayern muss der Modellversuch zum **Islamunterricht künftig in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot** eines gebundenen und konfessionellen Islamischen Unterrichts nach Art. 7 des Grundgesetzes überführt werden.
- **Hilfestellung für Lehrerinnen und Lehrer** an Schulen, zum Erkennen von und Umgang mit Radikalisierungstendenzen der Schülerinnen und Schüler.
- Eine **stärkere finanzielle Unterstützung** für schulische und außerschulische Programme zur Demokratieförderung.

4. Islamfeindlichkeit und Salafismus bedingen sich gegenseitig: GRÜNE Strategien gegen Diskriminierung

Radikal-salafistische Prediger knüpfen bei der Radikalisierung von Jugendlichen ganz gezielt an deren Ausgrenzungserfahrungen durch die Mehrheitsgesellschaft an. Indem sie ebenfalls eine vermeintlich unüberbrückbare Differenz zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen konstruieren, agieren sie sehr ähnlich wie die islamfeindlichen Agitatoren auf der anderen Seite. Expertinnen und Experten weisen daher völlig zu recht daraufhin, dass Islamfeindlichkeit und Salafismus in Deutschland zwei Seiten derselben Medaille sind: „So wie die Salafisten islamfeindliche Tendenzen nutzen, um sich zu radikalieren, nutzen die Islamfeinde salafistische Bestrebungen, um ihre Stimmungsmache gegen muslimische Einheimische und Einwanderer zu rechtfertigen.“ (Lamy Kaddor)

Unser Ziel muss es gerade deshalb sein, tatsächlich bestehende Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft zu überwinden – und damit radikalen Kräften auf beiden Seiten die Grundlage für ihre menschenfeindliche Hetze zu entziehen. Es ist wichtig, dass wir uns darauf besinnen, welche Werte uns in pluralen Gesellschaften verbinden. Völlig zu Recht hat der Rat für Migration erst kürzlich gefordert, Deutschland brauche langfristig ein neues gesellschaftliches Leitbild, ein neues Bild seiner selbst, an dem sich alle Menschen in Deutschland orientieren können. Vielfalt, Offenheit und Liberalität tun Deutschland und Bayern gut. Das Bewusstsein hierfür gilt es noch

¹ Demokratieerziehung ausbauen und Politische Bildungsarbeit neu ausrichten bereits beschlossen am 21.09.2011 auf Klausur in Amberg „Auf dem Weg zur Mitwirkungsgesellschaft“

stärker in unserer Bevölkerung zu schärfen. Nur so können wir die Ängste und Sorgen all jener abbauen, die eine heterogene und liberale Gesellschaft noch immer in erster Linie als Bedrohung wahrnehmen. Erst kürzlich hat eine von der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen Bayern in Auftrag gegebene Studie der Universität Leipzig gezeigt, wie weit rechtsextreme und rassistische Einstellungen – insbesondere in Bayern – in der sogenannten ‚Mitte der Gesellschaft‘ verbreitet sind². Unter den Gruppen, die besonders von Abwertung betroffen sind, befinden sich demnach insbesondere Jüdinnen und Juden, Muslime und Muslimas, Asylsuchende sowie Sinti und Roma. Es ist offensichtlich, dass unsere Demokratie nicht erst dann gefährdet ist, wenn Gewalttaten öffentliches Aufsehen erregen. Auch rechtsextreme und rassistische Einstellungen in der sogenannten ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Diskriminierungen im Alltag gefährden das demokratische Klima massiv. Gerade in letzter Zeit nehmen beispielsweise Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und AsylbewerberInnenheime massiv zu. Das beunruhigt uns sehr und zeigt deutlich, dass es verstärkte Anstrengungen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung bedarf. Denn nur in einem Land, in dem Offenheit und Vielfalt herrscht, wird es dem (islamistischen) Terrorismus schwer gemacht Fuß zu fassen.

Wir GRÜNE fordern für Bayern:

- Die Errichtung einer weisungsfreien **Bayerischen Antidiskriminierungsstelle**, sie unterstützt alle Personen, die Benachteiligungen erfahren haben, die rassistisch motiviert oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität erfolgt sind.
- Eine klare **Haltung gegen jede Form von Islamophobie und Antisemitismus**.
- Die **Stärkung des interreligiösen Dialogs**.
- Die finanzielle Unterstützung von **zivilgesellschaftlichen Initiativen**, die sich gegen antiislamischen Rassismus einsetzen und für Mehr-Demokratie-Projekte.

² http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/rechtsextreme_einstellungen_in_bayern_-_mitte-studie.pdf